„Für den Metallarbeiterverband ist nur das eine, das allerwichtigste anzunehmen: der alte Tarifvertrag muß weiter in Kraft bleiben."

Nachdem aber der Lohnraubschiedsspruch gefällt war, erklärte die Lohnkommission und die Dresdner Ortsverwaltung ihre Zustimmung zu dem Lohnraub von 4 und 5 Proz. Händel sagte zu den Delegierten der Generalversammlung:

„Wir befanden uns in einer großen Zwangslage. Da die Unternehmer sich gegen den Vorschlag des Schlichters auf 5 Prozent Lohnabbau aussprachen, gab es für uns keine andere Möglichkeit, wie dem Vorschlag des Schlichters die Zustimmung zu geben, damit überhaupt ein Schiedsspruch zustandekam."

Bei jedem Lohnraubschiedsspruch haben die Bonzen dieselben Redensarten vorher im Munde geführt und nachdem mit allen Mitteln den Kampf der Arbeiter verhindert, um so den Ausbeutern bei der Steigerung des Profits zu unterstützen.

Welche guten Geschäfte die Unternehmer mit Hilfe der Schlichtungsgilotine auf Kosten der Arbeiter und Angestellten machten, ergibt sich allein daraus, daß Brüning folgende Belobigung vom Reichsverband der Deutschen Industrie erhielt:

In der bürgerlichen Presse heißt es:

„Es wurde anerkannt, daß die Regierung Erfolge erzielt habe, daß aber vermehrte und beschleunigtere Formen notwendig seien, weil sich in vielen Industriezweigen die Lage weiter verschlimmert hat."

Noch mehr Lohnraub fordern sie aber von Brünings Schlichtern. Das Berliner Tageblatt schreibt zu der jetzigen Tarifkündigung des Metalltarifes:

„Die Welle der Tarifkündigungen und Lohnkonflikte hat mit dem Ende des Winters noch keinen Abschluß gefunden. Im Gegenteil: Für den Sommer stehen in zahlreichen Industriegruppen neue große Auseinandersetzungen bevor. Fast jeder ablaufende Tarif wird so früh wie nur irgendmöglich von den Unternehmern gekündigt. Im Nordwesten des Reiches, in der Schwerindustrie, besteht die akute Gefahr erster Konflikte. Und nun kommt auch noch die Meldung, daß die sächsischen Metallindustriellen ihr bisheriges Abkommen mit der Arbeiterschaft gekündigt haben."

Schlotternde Furcht spricht aus diesen Zeilen. 500 000 Metallarbeiter und Kumpels in Nordwest und 150 000 Metallarbeiter in Sachsen. Eine gewaltige proletarische Armee wird nicht mehr von den reformistischen Verrätern abgehalten werden können vom Gegenangriff gegen die Lohnräuber. Diese gewaltige Armee rüstet in allen Betrieben und Schächten. Die Proleten wählen sich ihre eigenen Kampfleitungen. Bei den Betriebsrätewahlen ist die RGO weiter vorgestoßen in der Eroberung der Betriebe. Der Einfluß der Reformisten ist im Schwinden.

Jetzt gilt es, alle Kräfte der Partei und der RGO einzusetzen zur Mobilisierung der Metallbetriebe.

Jeder Betrieb seinen vorbereitenden Kampfausschuß.

Jeder Betrieb eine RGO-Gruppe und revolutionären Vertrauenskörper.

Jeder Betrieb gerüstet, bei dem geringsten Versuch, auch nur 1 Pfennig Lohn abzubauen, mit dem Streik zu antworten.

Am 17. (nicht am 3.) Mai findet die Landeskonferenz der RGO, Industriegruppe Metall, statt, zu der die Metallarbeiter ihre Betriebsdelegierten entsenden.

Auf die Posten gegen den Lohnraub der Metallkönige unter Führung der RGO, alles für den Sieg der Proleten in Sachsen und Nordwest.

Genosse Kollwitz wieder im Hungerstreik

Der kommunistische Abgeordnete wie krimineller Verbrecher behandelt

Wie Genosse Rechtsanwalt Obuch der kommunistischen Presse mitteilt, ist Genosse Kollwitz, der vom Reichsgericht zu 2½ Jahren Festung verurteilt wurde, erneut in den Hungerstreik getreten.

•

Seit seiner Verurteilung wird Genosse Kollwitz weiterhin in der Strafanstalt Leipzig, Wolfeittraße, die allgemein für die politischen Transportgefangenen für die Dauer ihrer Prozesse vor dem Reichsgericht als vorübergehende Unterkunft benutzt wird, gefangen gehalten und **als krimineller Strafgefangener behandelt.** Auf seine wiederholten Forderungen auf Ueberführung in das Zeitungsgefängnis Bielefeld, wurde von seiten der Oberreichsanwaltschaft mitgeteilt, daß **alle preußischen Festungen überfüllt seien und infolgedessen seine Ueberführung in ein Festungsgefängnis nicht erfolgen könne.** Genosse Kollwitz, der in der Verhandlung vor dem Reichsgericht als aufrechter Revolutionär in schärfstem Angriff gegen das herrschende System und seine Klassenjustiz gestanden hat, soll also auf unbestimmte Zeit in der Strafanstalt Leipzig festgehalten werden.

Durch die Anstaltsleitung wurde dem Genossen Kollwitz bereits eine **allgemeine Briefzensur angekündigt.** Es wird von ihm verlangt, daß er sich dieser Zensur **bedingungslos unterwirft.** Als Protest gegen diesen Uebergriff ist dem Genossen Kollwitz nichts anderes übrig geblieben, als **auf jeden Briefverkehr während der Dauer des Aufenthaltes in der Strafanstalt Leipzig zu verzichten.**

Im ganzen Reich gilt es, einen Proteststurm gegen die neue unerhörte Vergewaltigung an unserem Genossen Kollwitz auszulösen und die Einräumung seiner ihm zustehenden Rechte durch den **Massenprotest** aller Werktätigen zu erzwingen. Im Zeitalter der faschistischen Notverordnungen sollen die Vorkämpfer der revolutionären Arbeiterschaft nicht nur geistig und seelisch, sondern auch körperlich zu grunde gerichtet werden. **Rote Helfer und Helferinnen vor die Front!** An der Massensolidarität aller Werktätigen müssen die dahin zielenden Pläne der faschistischen Klassenjustiz **zerschellen.**

Weckel-Bünger-Front für Artikel 48

Der Verlauf der Landtagssitzung

Dresden, den 28. April 1931.

Der heutige Zusammentritt des Landtages stand im Zeichen der Diktaturverordnung der Brüning und Schieck. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob der Fraktionsführer der Kommunisten, Genosse Renner, die Forderung, sofort **Stellung zu nehmen zu der Notverordnung der Regierung,** die ein Ausnahmegesetz gegen die arbeitenden Massen in Stadt und Land darstellt. Er betonte, daß die Kommunisten mehrmals den Versuch gemacht haben, angesichts der Kette schwerwiegender Maßnahmen der Regierung gegen die arbeitende Bevölkerung, vom sozialdemokratischen Landtagspräsidenten, Weckel, die Einberufung des Landtages während der erzwungenen „Ruhepause" zu erreichen. **Auf Grund der Abmachungen der SPD mit Schieck hat Weckel das abgelehnt.** Wir verlangen deshalb heute, daß der Landtag offiziell seine Meinung **zu den unerhörten Vorgängen äußert,** die sich im politischen und wirtschaftlichen Leben abgespielt haben. Die Notverordnung selbst stellt einen **Schlag der herrschenden Klasse gegen die Grundrechte** des arbeitenden Volkes dar und ihre Durchführung durch die Schieck-Regierung übertrifft sie sogar an Arbeiterfeindlichkeit. Eine ganze Kette **von unglaublichen Schikanen der Polizeibehörden** versucht die Arbeiterschaft Sachsens zu lähmen. **Versammlungen werden aufgelöst und verboten,** Handzettel und Flugblätter werden beschlagnahmt, weil sie sich gegen faschistischen Mord und Massenbetrug richten. **Beschlagnahme von Plakaten** ist an der Tagesordnung. Jetzt sind **sogar Handzettel der Zensur verfallen,** weil sie unter anderem die Feststellung enthalten, daß der **Kapitalismus abstirbt! Im Zwickau wurde eine Einladung zu einer Belegschaftsversammlung des Eltmerkes beschlagnahmt wegen des Satzes: „Die Zeit ist reif."** (!!) Ein anderes Flugblatt verfiel der Polizei, weil in ihm zu **Maidemonstrationen aufgefordert** wurde. (Hört, hört! links.) Den Gipfel erreichen die Schikanen durch die Forderung auf **Beibringung der einzelnen Genehmigungen.** Die sächsische Regierung hat sich bezeichnenderweise dabei auf **Preußen** berufen. Jetzt war man sogar dort gezwungen, unter dem Protest der Massen einige der übelsten bürokratischen Schikanen abzubauen, **in Sachsen steigert man dieselben.** Die **Erklärung des Innenministers, er wolle die Notverordnung „loyal"** durchführen, ist durch **diese Tatsachen genügend gekennzeichnet!** Sie reihen sich würdig an, den **Maßnahmen der Reaktionsepoche des Bismarckschen Sozialistengesetzes.** (Hier unterbricht der **SPD-Präsident** den Redner und verhöhnt diese Feststellung, indem er unter wieherndem Gelächter der Nazis und der Deutschnationalen „ironisch" bemerkt: Wir sind jetzt im Jahre 1931.") Genosse Renner fährt fort: Auch wir reden vom Jahre 1931, dessen Schande es ist, daß die reaktionärsten Methoden des vorigen Jahrhunderts wieder ihre Anwendung gegen die Arbeiterklasse finden können. Unser Kampf richtet sich nicht nur gegen den politischen Teil der Notverordnungswelle. Die politische Reaktion ist auch mit einer schändlichen Attacke auf die Bettelpfennige der Aermsten der Armen, der Sozial- und Kriegsrentner und Erwerbslosen verbunden, durch eine **neue Notverordnung** wird der Raub an diesen Schichten und an den Wohlfahrtsempfängern vorbereitet.

Wir beantragen deshalb auf die heutige Tagesordnung die kommunistischen Anträge gegen die erste Diktaturverordnung, gegen den **Wohlfahrtsraub** in Sachsen und außerdem einen Antrag gegen die geplante **Sozialraubnotverordnung** zu setzen. Wir wollen den Massen im Lande zeigen, wie die Parteien zu den Maßnahmen stehen, die die Grundlagen der Existenz der Masse untergraben.

Dieser kommunistische Antrag ist [illegible] SPD-Model, sofortige Stellungnahme, da die [illegible] Diktatur der Schieck-Regierung führt, die [illegible] nach dem [illegible] Sachsen nur, die Anträge nicht [illegible] zu [illegible], das heißt **erst nach den Ausführungen der Notverordnungen.** Dadurch [illegible] Sozialdemokrat [illegible] Kommunisten [illegible] Verhinderung der kommunistischen Anträge [illegible] Bünger [illegible] Sozialpolitik [illegible]

Trotzdem kann Herr Weckel erklären: „Da Widerspruch erhoben ist, können die Anträge nicht sofort beraten werden."

Herr SPD-Weckel hat in edler Einheitsfront mit Herrn Volksparteiler Bünger der Schieck Regierung und der SPD-Führung unangenehme Diskussionen erspart. Die Massen im Lande werden sich merken, wer eine Stellungnahme zur Diktatur verhindert.

Es kommen nunmehr eine **Anzahl Etatkapitel** zur Abstimmung, unter anderem auch die Bewilligung der Gelder für die Staatszeitung, dem offiziellen Regierungsorgan. Genosse Renner kennzeichnet das Niveau dieser Zeitung, das ganz dem der Schieck-Regierung entspricht. Selbstverständlich lehnen **die Kommunisten jede Bewilligung hierfür ab.**

Bei der Beratung des **Kapitels „Versorgungsbezüge"** rollt Genosse Siegel die Bedeutung der schamlosen neuen Raubzüge **an den Renten der Aermsten der Armen** auf, die durch die Notverordnungen legalisiert werden. Er übt eine vernichtende Kritik an den riesigen Pensionsbezügen der Minister und hohen Beamten, die die kommunistische Fraktion ablehnt. Da jedoch das Kapitel **auch die Bezüge der unteren Beamten und Staatsbediensteten** enthält, stimmen die Kommunisten dem Gesamtkapitel **im Interesse der Witwen und Waisen** zu. Nach Erledigung einer ganzen Anzahl weiterer Etatsabstimmungen kommt es schließlich zur Beratung der

Anträge auf Aufhebung der lokalen Demonstrationsverbote in Sachsen.

Der Rechtsausschuß hatte die Ablehnung des von den Kommunisten und des auch demagogischerweise gestellten Antrages der Sozialdemokraten empfohlen. SPD-Liebmann brachte es fertig, bei der Begründung des SPD-Antrages **in geradezu schamloser Weise den Leipziger Polizeipräsidenten Fleißner in Schutz zu nehmen,** obgleich er an Hand von fast unglaublichen Beispielen die **faschistischen Methoden der Polizeioffiziere zugeben** mußte. Seine „radikal" gehaltene Rede war ein verzweifelter Versuch, den faschistischen Kurs des Leipziger Polizeipräsidiums zu leugnen und die Provokationen gegen die Arbeiterschaft als individuelle Verstöße einzelner Offiziere hinzustellen.

Genosse Breitenborn

enthüllte in einer markanten Rede das demagogische Spiel der Sozialdemokraten und stellte die sozialfaschistische Mitschuld an den unerhörten Polizeiprovokationen fest. Er kennzeichnete den SPD-Antrag als verlogenes Ablenkungsmanöver gegen die Leipziger Arbeiter, deren Empörung über den Polizeiterror ihrer Führer immer stärker wird. Zahlreiche Beispiele erbrachte er für das **Hand-in-Hand-Arbeiten Fleißners mit den Nazis und den faschistischen Offizieren** und wagte fest, daß Fleißner **niemals gegen diese Offiziere eingeschritten** ist, obgleich deren Taten die Leipziger werktätige Bevölkerung aufs äußerste erregten. Genosse Breitenborn betonte, daß die sozialfaschistischen Führer kein Recht haben, im Namen der Arbeiterschaft aufzutreten. Die SPD-Führer haben **in allen Kampfwogen der Arbeiterschaft auch in allen wirtschaftlichen Kämpfen, besonders beim Bergarbeiterstreik,** gezeigt, **daß sie Schrittmacher und Handlanger der faschistischen Kapitalsdiktatur sind.** Wir Kommunisten denken nicht daran, von der Schieck-Regierung, dieser Filiale der Brüning-Diktatur zu erwarten, daß sie den Arbeitern zu ihrem Recht verhilft. Wir sagen den Massen: nur im Kampf gegen Brüning und Schieck, nur im Kampf gegen den bürgerlichen Staat wird die Arbeiterklasse sich ihre Rechte und ihre Freiheit erobern. „Der 1. Mai 1931 wird im Zeichen der Arbeiterfront gegen den Faschismus stehen, mit dessen Zertrümmerung auch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie fallen wird." (Stürmischer Beifall bei den Komm.)

Die kommunistische Abrechnung mit den Hakenkreuzprovokateuren!

Neuerdings kommt es bei einer frechen Hetzrede des Nazi-Studentenführers zu schwerem Zusammenstoß, der zur Sprengung der Sitzung führte. Studentenführer wagte es, gegen die Kommunisten gewandt, auszurufen: „Wir wissen zwar, daß vielleicht nicht jeder Marxist Verbrecher ist, aber jeder Verbrecher ist Marxist!" Das schlug dem Faß den Boden aus. Genosse Sindermann stürmte vor, gefolgt von einer Anzahl anderer kommunistischer Abgeordneter, und verlangte, daß Studentenführer seine Beschimpfung zurücknehme. Bei dem sich daraus entwickelnden Handgemenge, bei dem im Hintergrund Killinger und Busch, die Hände in den Taschen, standen und wahrscheinlich irgendwelche dunklen Dinge vorhatten, wurden Studentenführer und ein anderer nationalsozialistischer Provokateur, der Abgeordnete Schlegel, der Genossen Sindermann angriff, kräftig abgeschüttelt. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen und die Tribüne geräumt.

Schiele erreicht, was er will

Neues freches Manöver der SPD-Führer

Ueber die Geheimtagung der Reichsregierung erfährt man, daß Schiele mit seinen Zollforderungen mit einigen unwesentlichen Abstrichen durchdringen wird, nachdem auch Stegerwald seine Opposition aufgegeben hat. Es ist die alte Politik des Landbundes, möglichst viel zu fordern, und dann wenigstens einen Teil nach Hause zu bringen. Der Butterzoll wird nicht von 50 auf 100 erhöht, sondern man wird sich auf einer mittleren Linie vorläufig einigen. Gestern fand eine Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums statt, in der Brüning referierte. Die Politik des Kanzlers wurde bewilligt. Heute findet die Aussprache Brünings mit den SPD-Führern statt.

•

Die ungeheure Empörung, die die von den Kommunisten signalisierte und jetzt durchgeführte Brotpreiserhöhung und der geplante allgemeine Brotwucher hervorgerufen hat, hat die SPD-Führer zu einem neuen frechen Manöver veranlaßt. In knalliger Aufmachung bringt die sozialdemokratische Presse eine SPD-Erklärung, von der die „Linken" verlogenerweise stolz erzählen, sie sei ein „Ultimatum an Brüning". Der Vorsicht halber versieht jedoch z. B. die Chemnitzer Volksstimme das Ultimatum mit einem Fragezeichen. Diese SPD-Erklärung enthält allerdings auch kein Wort von einem Ultimatum ... wie käme auch der treue Lakai dazu, seinem Herrn „Bedingungen" zu stellen? Diese Erklärung enthält neben einem demagogischen Gejammere über die geplanten und zum Teil bereits durchgeführten Brotverschlechterungen allgemeine Redensarten über die „gesetzlichen Verpflichtungen" der Brüning-Regierung, diesem Brotwucher abzuhelfen. Man stelle sich vor: Brotwucherer bei Brüning und Schiele verklagen und dabei verschweigen, daß die SPD durch ihren Parteigenossen Dr. Baade diese Brotwucherer erst ermutigt hat und direkt Vorschub leistete durch Entziehung von 800 Millionen Pfund Roggen für die menschliche Ernährung — ist das nicht schlimmste Heuchelei und demagogische „Agitation"?!

Kennzeichnend ist ferner, daß man freundschaftlich die Regierung „warnt", ungeschickt vorzugehen, und gleich mit dem Lohnabbau auch den Brotraub zu verbinden. Mit dem Lohnraub ist man einverstanden — mit dem Brotraub auch, wie Herr Dr. Baade beweist, aber beides zusammen könnte der Arbeiterschaft zu schnell klarmachen, daß die Kommunisten mit ihrer Charakterisierung der Brüning-Diktatur und ihrer SPD-Stützen Recht gehabt haben. Deshalb empfiehlt der Lakai dem Herrn, ein wenig vorsichtiger aufzutreten, weil er selber seine Schuld an allen Verbrechen mit verhüllen will. Das ist der ganze Inhalt und Sinn dieser neuen SPD-„Erklärung".

Das Blatt des Vorsitzenden der sächsischen SPD-Landtagsfraktion, Böchel, die „Volksstimme", greift als „linkes" Organ freudestrahlend zu dem verzifteten Köder, um ihn dem sächsischen Arbeitern vorzuwerfen. Die Redaktion versieht ihn dazu noch mit einem kleinen „radikalen" Farbenanstrich, der den Betrug erleichtern soll:

„Beim Panzerkreuzerbau blieb die Regierung Brüning-Schiele am Leben — das Kommißbrot kann ihr zum tödlichen Brocken werden.

Aber es ist ja nicht nur die Verschlechterung des Brotes, es ist nicht nur dieser Hohn, daß man einem Volke minderwertiges Kriegsbrot vorsetzt, während die Welt im Ueberfluß an Roggen und Weizen erstickt, sondern es sind die noch weit dunkleren Pläne Brünings und seines Kollegen Schiele, die die Sozialdemokratie jetzt zwingen, mit diesen Herrschaften eine verdammt ernste Sprache zu reden. Es erscheint uns ausgeschlossen, daß Brüning und Schiele auf die Forderungen der Sozialdemokraten reagieren. Sie haben den Lohnabbau durchgeführt, sie bereiten sich zum Abbau der Sozialversicherung vor und werden dabei weder die Unfallverletzten, noch Kriegsbeschädigten, noch Witwen und Waisen schonen."

Eine einzige Frage muß dieses ganze „linke" Geschwätz ad absurdum führen: Hat die Regierung ohne die SPD, deren Organ ja die Volksstimme ist und bleibt, diese brutale Politik durchführen können, oder ist nicht für jedes der angeführten sozialen Verbrechen die SPD-Führerschaft mitschuldig?! Das besondere verlogene „linke" Wortgeklingel im Kommentar der Volksstimme wird zum Schluß folgendermaßen gesteigert:

„Endlich scheint man es nun auch in der Führung der Sozialdemokratie einzusehen, daß es auf diesem Wege nicht mehr weiter geht. Es wird bald keine andere Wahl mehr bleiben, als stillschweigend die ungeheuerlichen Maßnahmen der „reaktionärsten Regierung seit der Revolution" zu schlucken, oder sie zu stürzen und dann auf der ganzen Linie den Kampf aufzunehmen. Man hätte das allerdings etwas früher wissen können."

Das schreibt das Blatt Böchels als Empfehlung an die Reichstagsfraktion der SPD. Wie wäre es, Herr Böchel, wenn wir gleich hier in Sachsen damit anfangen? Eine ganz gemeine Demagogie, nichts anderes, sind diese so klassenkämpferisch klingenden Worte der Böchel-Zeitung. Hat die „linke" SPD für die Schieck-Regierung nicht dieselbe Plattform geschaffen, wie die SPD-Reichstagsfraktion für Brüning, und hat die SPD-Fraktion im Landtag den kommunistischen Vorstoß gegen Schieck nicht abgelehnt, eben mit der Begründung, man würde durch einen offenen Kampf und den Sturz der Regierung nur schlechter fahren? Hic Rhodus, hic salta, Karl Böchel! Keine faule Ausrede, hier ist Rhodus, hier springe, und erzählen Sie nicht, was Sie und ihre Kumpane alles in Berlin fertigbrächten, wenn ...!

Wir Kommunisten prangern diese verlogene Demagogie an! Es geht um die Existenz der deutschen Arbeiterklasse! Die Arbeiter rüsten, wollen kämpfen, und wieder schleichen sich die sozialfaschistischen Heuchler heran, um sie von einem ernsthaften Kampf abzuhalten! Allein die Kommunistische Partei hat ebenso wie gegen Brüning, so auch gegen Schieck den Kampf aufgenommen. Sie allein kämpft gemeinsam mit der RGO gegen jeden Lohnraub, gegen jeden Sozialabbau, sie allein mobilisiert gegen die alten und die neuen dunklen Pläne der Kapitalsregierungen. Sie mobilisiert aber auch gegen deren sozialfaschistische Helfershelfer, die allen Raubzügen gegen das arbeitende Volk den Weg geebnet haben.

Die Kommunisten rufen das Volk zum Sturm gegen Brotwucher, Lohnraub, Sozialreaktion und gegen alles, was sich mit den Ausbeutern verbündet hat! Die Kommunisten entrollen das Banner des Kampfes um die Existenzforderungen der Werktätigen! Deshalb: Massenaufmarsch am 1. Mai nur unter den Bannern der KPD!